



**Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e.V.**  
- Die clevere Alternative für Berlin und Brandenburg -

Alternativer Mieter- und  
Verbraucherschutzbund e.V.

**Beratungsbüro:**  
Bürgerbüro Falkenhagener Feld  
Westerwaldstraße 9  
13589 Berlin

## Pressemitteilung 10/2017

**Postanschrift:**  
AMV - Alternativer Mieter- und  
Verbraucherschutzbund e.V.  
Pillnitzer Weg 35  
13593 Berlin

Tel: 030 / 68 83 74 92  
Handy: 0170 / 237 17 90

Mail: [information.amv@gmail.com](mailto:information.amv@gmail.com)

[www.mieter-verbraucherschutz.berlin](http://www.mieter-verbraucherschutz.berlin)

### **Politische Kehrtwende bei Wohneigentum erforderlich, denn Eigentum schlägt Miete**

Zwar haben Selbstnutzer von Wohneigentum anfangs höhere Ausgaben fürs Wohnen, doch schon nach wenigen Jahren wendet sich das Blatt. Im Alter, wenn die Immobilie schuldenfrei ist, muss ein Wohneigentümer nur noch jeden sechsten Euro fürs Wohnen ausgeben, ein Mieter hingegen fast jeden dritten Euro. Dieses Ergebnis ergibt sich aus einer aktuellen Analyse des Berliner Forschungsinstituts empirica in Zusammenarbeit mit LBS Research (Quelle: [https://www.lbs.de/presse/p/lbs\\_research/details\\_7143993.jsp](https://www.lbs.de/presse/p/lbs_research/details_7143993.jsp)) und muss zu einer politischen Kehrtwende bei Wohneigentum führen.

„Der AMV - Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e. V. setzt sich für ein Umdenken auf politischer Ebene ein und fordert ein Maßnahme-Paket, damit sich in Zukunft auch Otto Normalverdiener Wohneigentum zulegen können“, sagte RA Uwe Piper, 1. Vorsitzender des AMV. „Es ist dringend erforderlich, dass die Erwerbsnebenkosten drastisch gesenkt werden“, fordert Piper. „Der Ersterwerb von Wohneigentum zur Eigennutzung sollte, so wie es bereits der Berliner Bundestagsabgeordnete Frank Steffel (CDU) seit längerem anregt, ohne Höhenbegrenzung steuerfrei sein“, erhofft sich Piper. „Hilfsweise sollte zumindest, wie von dem Christdemokraten Jan-Marco Luczak gefordert, ein Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer in Höhe von mindestens 100.000 Euro plus weitere 50.000 Euro pro Kind eingeführt werden“, meint Piper. „Bezüglich der Maklercourtage sollte auch beim Kauf das Bestellerprinzip („Wer bestellt, der bezahlt“), so wie von der SPD-Bundestagsfraktion auf ihrer Jahresauftakt-Klausurtagung 2017 am 13.01.2017 beschlossen, gelten“, so Piper. „Die Notargebühren sollten durch Einführung von Pauschalen gedeckelt werden“, sagte Piper. „Zudem sollte ein Förderprogramm aufgelegt werden, mit dem zum

**Vorstand:** 1. Vorsitzender RA Uwe Piper, 2. Vorsitzender Ass. jur. Marcel Eupen

**Vereinsregister:** Amtsgericht Charlottenburg - VR 33611 B

**Gerichtsstand:** Amtsgericht Spandau, Finanzamt für Körperschaften I, St.-Nr. 27/660/64338

**Bankverbindung:** Postbank Berlin, IBAN: DE05100100100850579106, BIC: PBNKDEFF

einen das fehlende Eigenkapital bei den Erwerbsnebenkosten zinslos zur Verfügung gestellt und zum anderen Familien durch Steuerfreibeträge und flexible Kreditbedingungen wie Laufzeitverlängerungen und tilgungsfreien Jahren unterstützt werden", fordert Piper. „Nur die Politik hat es in der Hand, Menschen mit niedrigem Einkommen zu helfen, zum Eigentümer zu werden", argumentiert Piper. „Eine Förderung des selbstbewohnten Wohneigentums hätte den positiven Nebeneffekt, dass Menschen etwas für ihre Altersvorsorge tun können", schließt Piper.

Berlin, den 23.01.2017

Ass. Marcel Eupen, Pressesprecher des AMV